

TITELSEITE

Regionalspitäler geraten weiter unter Druck

Kanton Bern - Die Berner Regierung will in der kantonalen Spitalversorgung zehn Millionen Franken sparen. Seit gestern ist klar, wie die Umsetzung konkret aussieht. Verschiedene Leistungsaufträge für stationäre Operationen wurden an weniger Spitäler erteilt und die Mindestfallzahlen konsequent durchgesetzt. Gegen die dafür notwendige Spitalliste sind sechs Beschwerden eingegangen, wie der Kanton mitteilt. Eine davon stammt vom Regionalspital Emmental. CEO Anton Schmid befürchtet, dass zunehmend eine Zweiklassenmedizin entsteht: eine gut ausgebaute Versorgung in den urbanen Zentren, eine ausgedünnte in den ländlichen Regionen. Gesundheitsökonom Heinz Locher aus Bern widerspricht und lobt die Regierung für ihre Arbeit.

REGION SEITE 9

Regionalspitäler fürchten Abbau

Kanton Bern - Gestern veröffentlichte die Regierung die neue Spitalliste. Insbesondere bei ländlichen Kliniken stösst diese nicht nur auf Wohlwollen, wie das Beispiel aus dem Emmental zeigt.

Marius Aschwanden

Das Ziel von Eva Jaisli war klar. Die abgetretene Verwaltungsratspräsidentin der Regionalspital Emmental AG will die Abwanderung von Patienten aus dem ländlichen Raum in die städtischen Spitäler stoppen. Sechs modernisierte Operationssäle, 132 Betten, einen neuen Notfall und mehrere Ambulatorien liess sie deshalb am Standort Burgdorf bauen. Kostenpunkt: 111 Millionen Franken. 2018 wurde die Eröffnung gefeiert. Dank der neuen Infrastruktur konnten neue Angebote aufgebaut werden, etwa im Bereich der Augenheilkunde. «Die Patientenzahlen sind seither deutlich gestiegen», sagt CEO Anton Schmid.

Heute sieht er die wohnortsnahe Gesundheitsversorgung gefährdet. Grund dafür ist die neue Spitalliste aus der Direktion von SVP-Gesundheitsdirektor Pierre Alain Schnegg. Gestern wurde diese veröffentlicht. Erstmals ist nun konkret ersichtlich, wie der Regierungsrat pro Jahr zehn Millionen Franken einsparen will. Grob gesagt wurden Leistungsaufträge restriktiver erteilt und Mindestfallzahlen konsequent durchgesetzt. Je spezialisierter eine Behandlung ist, desto weniger Kliniken dürfen diese künftig zulasten der Grundversicherung und des Kantons abrechnen, lautet das Credo. Insbesondere Spitäler auf dem Land mussten deshalb Federn lassen.

Für Anton Schmid vom Spital Emmental bedeutet das konkret, dass ihm die stationären Leistungsaufträge im Bereich der Augenheilkunde in Burgdorf wieder entzogen worden sind. Und auch jene im Bereich der Bauchchirurgie und der Gastroenterologie hat die Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) für den zweiten Standort des Unternehmens in Langnau nicht mehr erteilt. «Dies, obwohl wir alle Voraussetzungen inklusive Mindestfallzahlen erfüllen», so Schmid.

Sechs Beschwerden

Der CEO sagt weiter, dass sein Spital den Bedarf im Emmental in sämtlichen Leistungsbereichen in den letzten einhalb Jahren sowohl wirtschaftlich als auch in einer hohen Qualität habe decken können. Besonders ärgerlich sei die Situation auch deshalb, weil das Unternehmen gegenüber dem Kanton in der Neubauphase stets kommuniziert

habe, mit den Investitionen die nötigen Voraussetzungen schaffen zu wollen, um solche neue Angebote überhaupt aufbauen zu können.

Das Regionalspital Emmental hat deshalb gegen alle drei Entscheide des Kantons beim Bundesgericht Beschwerde eingereicht. Damit ist das Unternehmen nicht allein. Insgesamt gingen sechs Beschwerden ein, wie die GEF gestern mitteilte (siehe Kasten).

Schmid's Kritik reicht über die Mauern seines Spitals hinaus. Für ihn ist die Spitalliste des Kantons Bern Ausdruck einer generellen Fehlentwicklung im Schweizer Gesundheitswesen. «Zentralisierung wird derzeit als Allheilmittel gehandelt, um Kosten zu sparen», sagt er. Das sei aber schlicht falsch. Das Spital Emmental beweise, dass ländliche Kliniken eine wohnortnahe Versorgung wirtschaftlich anbieten könnten. «Wenn nun unsere Augenpatienten künftig in einem weniger wirtschaftlichen Zentrumsspital behandelt werden, dann spart man keinen Rappen, im Gegenteil.»

Er befürchtet, dass so zunehmend eine Zweiklassenmedizin entsteht. «In den Städten gibt es eine üppige Gesundheitsversorgung, und auf dem Land wird sie ausgedünnt.» Das könne doch nicht sein.

Erst kürzlich wurde aus solchen Befürchtungen heraus in den Regionen Aargau, Zürich und Zentralschweiz ein neuer Verband gegründet, der 23 Regionalspitäler vereint und deren Interessen vertritt. Auch Anton Schmid überlegt sich, der Vereinigung beizutreten.

Locher widerspricht

Der Berner Gesundheitsökonom Heinz Locher hält dieser Verteidigungsstrategie der Regionalspitäler eine zentralistische Perspektive entgegen - auch aus ökonomischen Überlegungen. «Wenn Regionalspitäler immer noch glauben, sie seien kleine Inselspitäler, dann haben sie ihre künftige Mission nicht verstanden», sagt er. Dem Regierungsrat windet er denn auch ein Kränzchen. Die neue Spitalliste beurteilt er «sehr positiv». «Jetzt muss der eingeschlagene Weg in aller Konsequenz durchgezogen werden.» Regionalspitäler sollten sich seiner Meinung nach vielmehr darum kümmern, wie sie künftig die Primärversorgung zusammen mit Hausärzten oder der Spitex erbringen könnten. Das bedeute aber nicht, dass die Leute auf dem Land von spezialisierten Angeboten komplett abgeschnitten würden. Über Kooperationen könne ein ländliches Spital nach wie vor Sprechstunden in Spezialbereichen anbieten. Ebenso die Betreuung nach einer Operation. «Der Eingriff aber, der wird in einem grösseren Zentrumsspital durchgeführt», sagt Locher.

Und die Gesundheitsdirektion von Pierre Alain Schnegg? Die will sich derzeit aufgrund des laufenden Verfahrens nicht zu einzelnen Beschwerden äussern.



«Zentralisierung wird derzeit als Allheilmittel gehandelt, um Kosten zu sparen.»
 Anton Schmid, CEO Regionalspital Emmental AG



Vor eineinhalb Jahren wurde in Burgdorf der Neubau des Spitals eingeweiht. Foto: Marcel Bieri

Die Beschwerden

Seit gestern gilt im Kanton Bern die neue Spitalliste. Diese regelt, welche Kliniken welche stationären Leistungen zulasten der Grundversicherung abrechnen dürfen. Und damit, bei welchen Behandlungen der Kanton 55 Prozent der Kosten übernimmt. Innert der Frist sind sechs Beschwerden eingegangen, wie der Kanton gestern mitteilte. Die bekannten Eingaben stammen von der Lindenhof AG, der Spitäler FMI AG, der Regionalspital Emmental AG und der Spitalzentrum Biel AG. Einige der Unternehmen verlangen, gewisse Behandlungen trotz anders lautendem Entscheid auf die Spitalliste zu setzen. Andere Beschwerden richten sich gegen die zeitliche Befristung gewisser Leistungen oder weitere mit den Aufträgen verbundene Auflagen. Die Beschwerden haben eine aufschiebende Wirkung. Somit können die Spitäler umstrittene Leistungen auch nach dem gestrigen Inkrafttreten der neuen Liste abrechnen, solange das juristische Verfahren dauert. Voraussetzung ist, dass schon zuvor ein entsprechender Leistungsauftrag bestanden hat.

Die neue Spitalliste ist hier ersichtlich: www.be.ch/spitalliste.

Gleichen Tags erschienen in: Bieler Tagblatt

© **BZ Berner Zeitung Gesamt**